



◀ Symbol des Friedens, welches von Suhl – der Stadt des Friedens – am 27.02.2022 aus verbreitet wurde

Ronja Lenz (Vorsitzende des Stadtverbandes DIE LINKE. Suhl) und Philipp Weltzien (MdL) bei der Friedenskundgebung am 27.02.2022 in Suhl ▼

## Frieden: **JETZT!**

„Ich bin in Frieden aufgewachsen“, blickt der Landtagsabgeordnete der Linken, Philipp Weltzien, Jahrgang 1987, zurück. Bis vor wenigen Tagen habe er geglaubt, dass wirtschaftliche Zusammenarbeit für Stabilität in Europa Sorge. Stattdessen würden Konflikte nun mit Waffengewalt gelöst. „Die Russen wollen keinen Krieg. Es ist Putin, der diesen Krieg will“, sagt er. Auch Ina Leukefeld, Stadträtin der Linken, betont, dass sich Suhl, die Stadt des Friedens, auch

weiterhin solidarisch mit den russischen Freunden in Kaluga zeige. Beide sprechen sich aus gegen das Handeln der Bundesregierung, die Geld in Aufrüstung stecke und Waffen in die Krisenregion liefere. Philipp Weltzien fordert stattdessen von den Kriegsgegnern, die Waffen ruhen zu lassen und an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Auch lädt er die Ukrainer ein, in Deutschland Sicherheit zu suchen. „Ihr seid uns nicht egal. Wir haben Platz. Kommt her.“



# Zur Geschichte der Frauenbewegung

In der Geschichte der Menschheit wurden Frauen als "Untertan des Mannes" angesehen, für sie gab es keine Bildung und landläufig herrschte sogar die Meinung Frauen seien dümmer als Männer.

Besonders im Mittelalter wurde Hetze gegen Frauen durch die Kirche befeuert, so sollten Frauen "Gespielinnen des Teufels" und besonders kluge und hilfsbereite Frauen Hexen sein. Es gab unzählige Hexenprozesse, bei denen Frauen als Hexen auf Scheiterhaufen bei lebendigem Leib verbrannt wurden. Man kann diese Praxis als religiösen Massenmord an Frauen bezeichnen. Erst in der Mitte des 18. Jahrhunderts wurde diese Praxis beendet.

Gegen Ende des 18. Jahrhunderts, als die Menschen für mehr Rechte zu kämpfen begannen und das Motto der Französischen Revolution 1798 "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" lautete, galt diese Losung für alle Menschen, nicht nur für Männer, sondern auch für Frauen.

## Die Rolle der Frau im 19. Jahrhundert:

Die Kaiserzeit war geprägt von der Vorherrschaft der Männer. Die Frau stand immer hinter ihrem Mann, förderte ihn und seine Karriere. Sie selbst war "nur" Gattin und Mutter. Die verheiratete Frau durfte ohne Zustimmung ihres Mannes weder arbeiten, noch über Geld verfügen, geschweige denn hatte sie ein offizielles Recht auf gesetzlichen Anspruch auf ihre eigenen Kinder.

Absolute Treue gegenüber ihrem Ehemann hatte die "gute" Ehefrau zu erfüllen ebenso, wie es für die damalige Gesellschaft selbstverständlich war, das sie Geschlechtsverkehr über sich ergehen lassen bzw. durchführen sollte, um damit ihrem Mann eine Freude zu bereiten. Wichtig war für die damalige Gesellschaft, dass sie ihrem Mann viele Kinder schenkte und ihm seine Wünsche erfüllte. Hatte der Mann eine außereheliche Beziehung, so hatte sie

das zu billigen. Die Bildung von Frauen endete mit 15 oder 16 Jahren. Wenn Frauen arbeiten konnten, wurden sie für Schreib- oder Handwerksarbeiten eingesetzt, da diese einiges an Geschick forderten, was Frauen offensichtlich zugestanden wurde. Natürlich erhielten Frauen für ihre Arbeit nur einen Bruchteil des Gehaltes des Mannes für die gleiche Tätigkeit. Trotzdem stieg die Erwerbstätigkeit von Frauen ab 1882 langsam an.

Erst nach 1904 gab es in Deutschland auch für Mädchen die Möglichkeit, das Abitur abzulegen. Im Jahr 1908 wurde die erste soziale Hochschule eröffnet. Hier konnten Frauen Lehramt und Medizin studieren. Ab 1878 gab es die ersten Schutzrechte für Frauen, die sich auf das Arbeitsverbot von bald gebärenden Frauen bezogen. Sie legten fest, dass Frauen 3 Wochen vor und 3 Wochen nach einer Geburt nicht arbeiten durften.

Um 1860 bildeten sich drei größere Bündnisse, die für Frauen eintraten. Das gemäßigte bürgerliche Bündnis, dessen Forderungen waren: Bildungsmöglichkeiten und Aufstiegschancen für Frauen. Kommunales Wahlrecht für Frauen. Das radikal bürgerliche Bündnis, mit den Forderungen: Zugang zu Universitäten und volles nationales Wahlrecht. Die sozialistische Frauenbewegung, deren Forderung: Volles nationales Frauenwahlrecht.

## Führende deutsche Frauenvertre-



Clara Zetkin  
1857-1933  
Politikerin,  
Frauenrechtlerin



Louise Otto Peters  
1819-1895  
Bürgerliche Frauenrechtlerin

## terinnen

### Warum begehen wir den Internationalen Frauentag als Kampftag für die Frauenrechte auch heute noch?

Überall auf der Welt sind nach wie vor Kriege, es geht um Bodenschätze wie Erdöl oder Erdgas, um seltene Erden und es geht ganz einfach um Machtverhältnisse auf der Welt. Wer leidet darunter, wenn Häuser zerstört werden, wenn Kinder statt zur Schule zu gehen in der Armee kämpfen müssen, wenn ganze Familien zerstört, weil Männer statt zu arbeiten mit der Waffe in der Hand unterwegs sind? Die Leidtragenden sind die Frauen. In anderen Ländern sind Genitalbeschneidungen aus religiösen Gründen auf der Tagesordnung. An etwa 200 Mio Mädchen werden diese vorgenommen, wobei bei etwa 2 Mio Mädchen die Genitalien verstümmelt sind. Oder denken wir an die Tatsache, dass Mädchen unter 12 Jahren zwangsverheiratet werden, gegen ihren Willen.

Ein anderes Problem sind die unmenschlichen Arbeitsbedingungen, besonders in der Textilindustrie in Asien, bei der die Entlohnung nicht zum Leben reicht. Aber wir brauchen gar nicht so weit über unsere Landesgrenzen hinweg zu schauen, denn auch in Deutschland gibt es noch viele Ungerechtigkeiten zwischen Frau und Mann, denn wenn ein Personalchef in einem Einstellungsgespräch sagt: „Wenn sie gerne Mutter sind, brauchen sie sich gar nicht zu bewerben“, oder wenn einer Frau, die sich bei einem Wachdienst bewirbt, gesagt wird: „Wir brauchen und wollen keine Frauen im Wachdienst.“ Aber wir kämpfen weiter um das Recht der Frauen, indem wir als Linke Frauen gegen §218 protestieren mit einer Aktion am Internationalen Frauentag, oder indem unsere Genossen an diesem Tag den Pflegerinnen in den Pflegestationen und Krankenhäusern einmal "Danke" sagen, durch die Blume gesprochen. – ANNETTE FRITZ –

**Suhler ANDERE Zeitung** Mitteilungsblatt der Partei DIE LINKE.Suhl, erscheint monatlich im Selbstverlag | **Preis:** eine Spende | **Herausgeber:** DIE LINKE. Stadtvorstand Suhl, Rüssenstraße 19, 98527 Suhl | **Tel./Fax:** 03681/308158 | **Web:** www.die-linke-suhl.de | **e-Mail:** rgeschaeftsstelle@die-linke-suhl.de  
**IBAN** DE59 8405 0000 1705 0071 51  
**BIC** HELADEF1RRS, Rhön-Rennsteig-Sparkasse Suhl  
**V.i.S.P.:** Ina Leukefeld | Alle Autoren arbeiten ohne Honorar. Einzelne Beiträge müssen nicht in jedem Falle mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen  
**Redaktionsschluss** unserer April-Ausgabe 2022 ist am 23.03.2022.

**Aufstehen.  
Einmischen.  
Verändern.**

**Frauenrechte sind Menschenrechte**

**DIE LINKE.**

# Der Thüringer Landeshaushalt 2022

Große Zahlen, Pandemische Lage und eine Minderheitsregierung –

Als der Thüringer Landtag in der ersten Februarwoche zur Haushaltsbeschlussfassung zusammentrat, lagen bereits lange Wochen der Verhandlungen hinter den Abgeordneten. Das Ziel war klar: das Land braucht Klarheit und Stabilität in einer dynamischen Lage.

Nachdem 2021 der Termin für die Auflösung des Landtages platzte, war die Zeit für einen neuen Haushalt knapp geworden. Ohne Stabilitäts-pakt mit der CDU war abzusehen, dass die Gespräche der Rot-Rot-Grünen Minderheitsregierung hin zu einer parlamentarischen Mehrheit sehr zäh werden würden. Beinahe wöchentlich änderte sich das Preisschild der CDU für einen Landeshaushalt. Markige Worte flogen durch den Raum, wie: „globale Minderausgabe“, Entbürokratisierung von rot-rot-grünen Ideologieprojekten, Normenkontrollrat, Vergabegesetz und Ladenöffnungszeiten. Anders als einen Frontalangriff auf die Errungenschaften von R2G, konnte man als Abgeordnete:r der Koalition diese Drohgebärden nicht verstehen. Nichts davon hatte auch nur im Entferntesten mit Haushaltsgesetzgebung zu tun, sondern sollte in einem perfiden Erpressungsversuch der Christdemokraten münden. Verantwortung für das Land? Nur eine leere Worthülse in launigen Stammtischrunden der CDU.

Während der Entwurf der Landesregierung bereits moderate Einsparungen und Haushaltskonsolidierung vorsah, reichte das den Vertreter:innen von CDU und FDP bei weitem noch nicht aus. In einer Zeit von Pandemie, Inflation und zunehmend unbezahlbaren Lebensverhältnissen fiel dem liberal-bürgerlichen Lager nichts Besseres ein, als nochmal 500 Millionen Euro einzusparen. Die verheerende Haushaltslogik der schwarzen Null, Streichung

von dringend notwendigen Investitionen und spürbare Rückschritte in der Landesentwicklung bleiben also weiterhin Markenkern einer planlos agierenden Opposition im Thüringer Landtag.

Da aber auch keiner der Sparer eine Idee hatte, wo das Geld noch weggenommen werden kann, er fand man den Modus der „globalen Minderausgabe“. Das heißt am Ende nichts anderes, als dass der Landtag als Haushaltsgesetzgeber und Hüter über das Geld einen Betrag x vorsieht, den die Landesregierung nach eigenem Ermessen über alle Haushaltsstellen hinweg pauschal einspart, bis die Summe erreicht ist. Wir können uns also jetzt schon darauf freuen, wenn die ersten Prestigeprojekte der CDU gestrichen werden müssen... Das Aufheulen der Sparfüchse wird bis ins Finanzministerium zu hören sein.

Nachdem sich auch herauskristallisierte, dass bei den gewünschten haushaltsbegleitenden Gesetzen (siehe Oben) keine konstruktiven Änderungsvorschläge kommen, wurden die Gespräche darüber schnell beendet. Übrig bleibt der fade Beigeschmack, dass 330 Millionen Euro globale Minderausgabe von der CDU durchgesetzt wurde. Diesen Preis war R2G bereit zu zahlen, um damit wichtige Bausteine für eine nachhaltige Landesentwicklung voranzubringen.

Der Vorsitzende der Linksfraktion Steffen Dittes fasst die wichtigsten Errungenschaften der LINKEN so zusammen:

Um ausreichend Erzieher\*innen zu haben und auch um das Gute-Kita-Gesetz umzusetzen, wird die Praxisintegrierte Erzieherausbildung, kurz PIA, um 630.000 Euro aufgestockt. Seit DIE LINKE das Bildungsministerium führt, gab es keine Regierung, die mehr für Bildung und Jugendför-

derung getan hat. Allein für die Bildung sind mehr als 2 Milliarden Euro in diesem Haushalt verankert!

Die Unterstützung von Familien gehört zu den Kernanliegen linker Politik. Wir stellen für diesen Bereich fast 20 Millionen Euro weiterhin zur Verfügung. Es werden 3,6 Mio. Euro für die überregionale Familienförderung und 15,8 Mio. Euro für Zuweisungen an Kommunen im Rahmen des Landesprogramms „Solidarisches Zusammenleben der Generationen (LSZ)“ als regionale Förderung eingestellt.

Auch im Gesundheitswesen legt DIE LINKE kräftig nach. Schließlich ist die Stärkung der kommunalen Gesundheitsämter nicht nur bei der Pandemiebekämpfung wichtig, sondern stärkt auch vor Ort die gesamte Gesundheitsversorgung in Thüringen. Mit den geplanten Finanzmitteln werden die Strukturen des Öffentlichen Gesundheitsdienstes in Thüringen nachhaltig gestärkt.

Die Thüringer Regierung hat auch die Kommunen davor bewahrt, Corona-Kredite aufnehmen zu müssen. Diese Last stemmt das Land allein, damit die Kommunen selber weiter tilgen können. Unter Rot-Rot-Grün konnten auch die Kommunen einen stetigen Tilgungskurs verfolgen.

Die Bekämpfung von Rassismus, Antisemitismus und NS-Ideologie ist wichtiger denn je. „Es ist bedauerlich, dass die CDU sich einer Aufstockung der bisherigen Mittel verweigerte und stattdessen eine Kürzung im entsprechenden Landesprogramm um 2 Mio. Euro forderte. Wir haben diesem Ansinnen einen Riegel vorgeschoben und stellen zivilgesellschaftlichen Initiativen, Strukturprojekten und Projekten gegen Rechts weiterhin eine Förderung in Millionenhöhe auf Basis des geplanten Haushaltsentwurfs zur Verfügung.“

– PHILIPP WELTZIEN –



**Thema: Frieden schaffen ohne Waffen - gilt das noch?**

**Mit Dr. Jens Lattke, Friedensbeauftragter der Evangelischen Kirche Mitteldeutschland  
Termin : 10.3. 2022, 19 Uhr, in der Kulturbaustelle Suhle, Friedrich - König - Str. 35**

Der Berliner Friedensappell „Frieden schaffen ohne Waffen“ wurde 1982 von Robert Havemann und Pfarrer Rainer Eppelmann verfasst, um eine Antwort auf den bedrohten Frieden im Zuge des Kalten Krieges zu finden. Diese Frage ist heute aktueller denn je und es wird von vielen Seiten immer wieder betont, dass im Russland - Ukraine - Konflikt nur Waffen helfen, den Frieden zu bewahren. Darüber diskutieren wir mit Dr. Jens Lattke, Friedensbeauftragter der Evangelischen Kirche Mitteldeutschland, der in einem MDR-Interview sagte: „Waffenlieferungen werden eher nicht zur Stabilisierung beitragen, sondern mehr Verunsicherung und somit ein erhebliches Eskalationsrisiko schaffen.“

## Corona nervt. Ignorieren hilft nicht!

Über die Pandemie hinweg habe ich ca. ein halbes Jahr auf einer Covid-Station gearbeitet. Sowohl in den Zeiten, als es sehr sehr viele Hospitalisierte Fälle gab als auch in denen die Zahlen dank der Maßnahmen drastisch zurück gingen. Aber eins bleibt in der Situation gleich während der Arbeit. Man hat Sorge sich selbst zu infizieren und damit einhergehend Angst, evtl. seine Angehörigen anzustecken, welche eine Infektion nicht so wegstecken können wie man selbst. Dazu kommt der Fakt, dass das Arbeiten im Covid Bereich eine enorme körperliche Belastung darstellt. Man trägt seine Bereichskleidung, welche allein schon nicht allzu atmungsaktiv ist, darüber einen Plastikkittel welcher Keime draußen, aber auch Wärme und Schweiß drinnen behält. Dazu kommen 2 paar Handschuhe, 1 Paar Hartgummi-Clocks, eine Haube für die Haare, eine FFP-3 Maske und zu guter Letzt eine Schutzbrille. Gebündelt

mit all dem versorgt man dann die Patienten. Bei den Aufgaben, die sowieso schon schweisstreibend sind, kommt nun der Faktor der persönlichen Saunabekleidung noch dazu. Das hat den ein oder anderen Kollegen schon einmal an die Grenze seines Kreislaufes gebracht. Und wenn das alles nicht schon genug ist, kam noch der psychische Aspekt auf den Stationen hinzu. Erst recht in der 2. Welle hat es seine Spuren hinterlassen. Es gab noch keinen Impfschutz und ein Großteil der Pflegeheime war von Covid betroffen. Zu diesem Zeitpunkt hatten wir die schreckliche Bilanz, eines toten Patienten pro Dienst. Es ist schließlich nicht so, dass die Thematik Tod für einen als Pflegekraft eine unbekannte ist. Aber normaler Weise gibt es jedenfalls auf Normalstation alle paar Wochen oder Monate maximal einen Verstorbenen. So kannte man es nicht. Umso mehr frustriert es einen dann, wenn man mitbekommt,

dass am Montag Abend eine Menschenmenge durch die Straßen zieht, ohne auch nur mit einem Hauch daran zu denken sich an geltende Gesetze diesbezüglich zu halten. Klar verstehe ich eine gewisse Frustration, dass man nach nun bald über 2 Jahren Corona einfach zur vollkommenen Normalität zurückkehren möchte. Aber das ist keine Entschuldigung aktiv die Verbreitung weiter zu fördern. Und erst recht ist es nicht hinnehmbar, was für giftiges Gedankengut auf Plattformen dieser Gruppierungen ausgetauscht wird. Von wissenschaftsfeindlichen Falschinformationen über die Impfungen bis hin zu antisemitischen und den Holocaust relativierenden Aussagen. Durch nicht falzifizierbare Aussagen, täuschen diese Wissen vor, welche sie als das Monopol der Erkenntnis darstellen sollen. Alle, die an die Belegbarkeit von Fakten glauben, sind automatisch "Schafe", welche ihre Augen vor der Realität verschließen würden. Dem muss Einhalt geboten werden. Neben all dem kommt nun der Fakt der Einrichtungsbezogenen Impfpflicht noch hinzu. Welche auch ich nicht als unbedingt gut bezeichnen möchte. Ich verstehe den Hintergedanken der Regierung in diesem Fall auch nicht, da im Gesundheitswesen eine durchschnittliche Impfquote von über 90% vorliegt. Erst recht, da es unser Gesundheitswesen nach dem 15.03.2022 sehr wahrscheinlich dennoch eine Menge Personal kosten wird. Zwar verstehe ich andere Pflegekräfte, welche sich aufgrund von kruden Theorien nicht impfen lassen möchten auch nicht. Dennoch ist es ein falsches Zeichen von der Regierung, uns diese Last aufzuerlegen. Eher würde ich für eine Impfpflicht in allen Teilen der Gesellschaft appellieren, als sie auf einzelne Bereiche abzuwälzen. Zum Abschluss möchte ich noch sagen: "Denken Sie dran, wir sind auf dem Weg zum Ziel!". Wir müssen nur noch ein wenig durchhalten. Jetzt ist nicht der Punkt, die Flinte ins Korn zu werfen, sondern noch ein letztes Mal die Zähne zusammen zu beißen, beharrlich bleiben und abwarten, damit wir in wenigen Monaten vielleicht wieder zu der Normalität zurück kehren können, wie wir sie mal kannten.

- JILL-NOAH WOITA -



Zum Aufruf: [www.die-linke.de/mitmachen/linksaktiv/impfpatente-frei](http://www.die-linke.de/mitmachen/linksaktiv/impfpatente-frei)

### Termine März 2022

(Alle Termine vorbehaltlich der aktuellen Situation und der staatlichen Genehmigung)

- 07.03. 17.30 Uhr Vorstandssitzung, Geschäftsstelle
- 08.03. 14.00 Uhr Frauencafe zum Frauentag, Kulturbaustelle
- 08.03. 17.00 Uhr Aktion zum Frauenkampftag, Markt
- 09.03. 14.00 Uhr Geburtstagsrunde, Geschäftsstelle
- 10.03. 19.00 Uhr Gesprächsforum Alternativ, Kulturbaustelle
- 14.03. 17.30 Uhr Fraktionssitzung, Geschäftsstelle
- 21.03. 15.00 Uhr Bürgersprechstunde, WKB Weltzien
- 21.03. 17.30 Uhr Fraktionssitzung, Geschäftsstelle
- 25.03. 09.30 Uhr Erwerbslosenfrühstück, Geschäftsstelle
- 28.03. 17.30 Uhr Fraktionssitzung, Geschäftsstelle
- 04.04. 17.30 Uhr Fraktionssitzung, Geschäftsstelle
- 06.04. 17.00 Uhr Stadtrat, Simonsaal, CCS